

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelte seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Postgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königsstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgehälter sind an  
Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten.  
Postkontonto Berlin 5388.

**Inhalt:** Wilhelm Köffel tot. — Wünsche der Textilarbeiter für die Uebergangswirtschaft. — Wie steht es um die Finanzierung von Industrie und Gewerbe nach dem Kriege? — Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1916. — Unsere Toten. — Aus der Textilindustrie. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Vermischtes. — Berichte aus Sachreisen. — Volksbund für Freiheit und Vaterland. — Literatur. — Verbandsanzeigen.

### Wilhelm Köffel tot

Man braucht nicht mehr daran zu zweifeln, daß unser Wilhelm, der zweite Vorsitzende unseres Verbandes, längst nicht mehr am Leben ist und gleich so vielen anderen unserer Verbandsfunktionäre und Mitglieder ein beklagenswertes Opfer des Krieges geworden ist; nach bestimmten Mitteilungen aus dem rumänischen Kriegsgefangenenlager Sipote ist er dort schon am 21. Februar d. J. verstorben.

Mit Köffel ist ein Mann dahingegangen, der sich nach jeder Richtung hin prächtig entwickelt hatte und noch zu großen Hoffnungen berechtigte, solche wohl auch selber auf sich setzte. Bekannt ist sein Wirken in der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter; er wird dort nach dem Kriege sehr vermisst werden. In seinem Wohnorte Lichtenberg hatte K. ein Stadtverordnetenmandat inne, dem er mit großem Eifer oblag. Der grausame Krieg hat nun seinem ferneren Wirken für immer ein Ziel gesetzt.

Ruhe er im Frieden in fremder Erde! Im Andenken wird er bei allen, die ihn kannten, allezeit fortleben.

### Wünsche der Textilarbeiter für die Uebergangswirtschaft.

Es soll sich in dieser Abhandlung nur handeln um die Wünsche, welche die Textilarbeiter direkt an die Unternehmer zu stellen haben. Die Wünsche, welche zu stellen sind an die Gesetzgebung, fallen zusammen mit den Wünschen der Arbeiter in den anderen Industrien und müssen einer besonderen Betrachtung vorbehalten bleiben.

Vornehmlich möchten wir nur noch, daß die Textilarbeiter den dringenden Wunsch an die Regierungen zu richten haben, in die Abteilungen der Verwaltungskörper, die sich mit der Uebergangswirtschaft befassen, Vertreter der Arbeiter zu berufen. Die Dinge liegen nicht so, wie einzelne Regierungen sie betrachten, die sagen, für die Arbeiter sei ein Bedürfnis, in diesen Abteilungen vertreten zu sein, nicht vorhanden. Das geht auch schon daraus hervor, daß andere Regierungen ein solches Bedürfnis für vorliegend erachten und versprechen, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen, sobald eine solche Abteilung für Uebergangswirtschaft der Textilindustrie geschaffen werden sollte. Man hat es früher, ganz besonders aber jetzt während des Krieges, wo nahezu alle Welt gegen Deutschland steht, lebhaft bedauert, daß in weiten Arbeiterkreisen die nötige Erkenntnis fehlt für gewisse Lebensfragen der deutschen Industrie und des deutschen Außenhandels. Ja, braucht man sich denn zu wundern, daß dem so ist? Was haben denn die Regierungen und die Unternehmerkreise in der Zeit vor dem Kriege getan, um das Interesse der Arbeiter für solche Dinge zu wecken? Gar nichts haben sie getan! Die Regierungen betrachteten sich mehr oder weniger als die geschäftsführenden Ausschüsse der besitzenden Klasse, und die Unternehmer taten alles, um unter sich zu sein und zu bleiben. Die Arbeiter wurden hermetisch abgeschlossen von den Stellen, innerhalb deren man sich mit den Lebensfragen der Industrie und des Handels beschäftigte. Und dann beschwerte man sich, daß die Arbeiter einseitig orientiert seien. Könnte es denn anders sein? Aber will man denn jetzt wieder in denselben Fehler verfallen? Will man die Arbeiter wieder hermetisch abschließen von all den Stellen, innerhalb deren sich der Kristallisierungsprozeß der Meinungen vollzieht über den Wiederaufbau unserer Volks- und Handelswirtschaft? Sollen nicht vielmehr die berufenen Vertreter der Arbeiter, die Leiter der Gewerkschaften, Gelegenheit bekommen, Einblick zu gewinnen in die Schwierigkeiten, die sich der Textilindustrie in der Zeit der Uebergangswirtschaft entgegenstellen werden? Es wäre eine Kurzsichtigkeit, die sich wahrscheinlich recht bald recht unliebsam für manche Unternehmerkreise fühlbar machen würde, wenn man die Arbeiter wieder ignorierte. Es liegt also sehr im Interesse der ganzen Textilindustrie, daß Vertreter der Textilarbeiterorganisationen in die von den Regierungen zu schaffenden Körperschaften für Uebergangswirtschaft der Textilindustrie berufen würden.

Was nun die Wünsche der Textilarbeiter an die Unternehmer anbetrifft, so sei zunächst gesagt, daß diese Wünsche

nicht zu betrachten sind als Ausfluß egoistischer Streben, sondern als Wünsche von durchaus gemeinnütziger Art. Wird diesen Wünschen beim Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft Rechnung getragen, so dient das zwar den Interessen der Arbeiter, streng sachlich genommen aber auch ebenso der Industrie und der ganzen Volksgemeinschaft. Denn nach diesem furchtbaren Menschenverlust muß es das höchste Ziel der Volksgemeinschaft sein, soviel wie möglich menschliches Leben zu erhalten und zu erhalten. Dazu sind in erster Linie erforderlich gute Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Sicherstellung der Existenz der Arbeiter muß die Hauptföhrge der Volksgemeinschaft sein.

Nach diesem Kriege, der so ungeheuer viel gute Arbeitskraft vernichtete, wird der Wert der menschlichen Arbeitskraft an der Spitze aller Werte stehen. Deshalb muß diese Arbeitskraft geschützt werden vor sinnloser Vermüftung, wie wir das vor dem Kriege vielfach hatten. Die Arbeitskraft darf nicht unzweckmäßig ausgenüht werden, wie dies der Fall ist bei zu langer täglicher Arbeitszeit; sie muß in jeder Person möglichst lange zu erhalten gesucht werden und es muß gleichzeitig ihre Wiedererzeugung (Regeneration) zur Förderung kommen. Alles, was die Entstehung und größtmögliche Entwicklung neuen Lebens hindert, muß bejeitigt und ferngehalten werden.

Es ist daher die wichtigste Forderung der Textilarbeiter, daß nach dem Kriege keine Lohnreduzierung eintreten darf. Die Feuerung wird nach dem Kriege noch jahrelang bestehen bleiben und deshalb würde es eine schwere Schädigung der Arbeiter und der Volkswirtschaft sein, wenn etwa mit Eintritt des Friedens die Löhne reduziert würden. Es würde das auch sofort zu großen wirtschaftlichen Kämpfen führen, denn die Arbeiter müssen leider mit solcher Kurzsichtigkeit mancher Unternehmer rechnen und sie schließen sich daher zahlreich ihrer Gewerkschaft an. Solche wirtschaftlichen Kämpfe würden aber sicherlich unserer flügelarmen Volkswirtschaft sehr schädlich werden.

Es gehört wirklich nicht viel Einsicht dazu, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß derjenige Staat wirtschaftlich und handelspolitisch am schnellsten auf die Beine kommen wird, der jedes Brachliegen von Arbeitskräften vermeidet; der daher auch Vorsorge trifft, daß nicht durch wirtschaftliche Kämpfe Tausende von Arbeitskräften zum Brachliegen kommen. Es kommt dann aber noch etwas in Betracht, was für die Textilindustrie von großer Wichtigkeit ist. Es steht nämlich zu befürchten, daß ein großer Teil der Personen, die früher in der Textilindustrie beschäftigt waren, während des Krieges aber in die Rüstungsindustrie wanderten, die Rückwanderung unterlassen, wenn sie sehen, daß die Löhnereduziert werden. Lohnende Arbeit wird es nach dem Kriege noch genug geben. Die Textilindustrie hat doch aber ein Lebensinteresse daran, daß sie möglichst ihren Stamm hochqualifizierter Arbeiter wieder um sich sammelt. Denn darüber bestehen wohl nirgends Zweifel, daß wir uns nur mit Qualitätswaren, niemals mit billigen Massenartikeln den Weltmarkt wieder erobern werden.

Es wäre also eine sehr kurzfristige Interessenpolitik der Unternehmer, wenn sie, weil sich vielleicht vorübergehend günstige Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt bieten, zur Reduzierung der Löhne schreiten sollten; vielleicht gar in der Absicht, um sich wieder gegenseitig niederzukonkurrieren, d. h. sich gegenseitig das Geschäft zu verderben.

Die Lösung der Lohnfrage muß auf andere Weise gesucht werden. Die Unternehmer müssen durch Vereinbarungen Preise für die Waren sichern, die es ermöglichen, gute, auskömmliche Löhne zu zahlen und angenehme Arbeitsbedingungen zu gewähren. Die Warenpreise sind jetzt sehr hoch, und wenn wir auch nicht verlangen, daß das Meter Beinwand zu Bettlaken auf dem hohen Preise von 36 Mk. stehen bleibt, für den es heute vielfach verkauft wird, so ist es andererseits aber auch nicht nötig, daß es für eine Mark und darunter zum Verkauf gelangt und die Arbeiter einen Hungerlohn verdienen. Es ist jetzt, wo die Warenpreise sehr hoch sind, leichter, sie auf einer Höhe zu halten, durch die es ermöglicht wird, anständige Löhne zu zahlen.

Jedenfalls muß eine Lohnreduzierung unabdingt vermieden werden.

Ein weiterer Wunsch der Arbeiter in der Textilindustrie geht dahin, die Textilarbeiter, die im Kriegsdienst stehen, bei der Demobilisierung nicht zurückhalten zu lassen. Es sind auch wichtige volkswirtschaftliche Gründe, die es gebieten, daß jede im Kriegsdienst nicht mehr gebrauchte Arbeitskraft möglichst bald wieder produktiver Tätigkeit zugeführt wird. Ganz abgesehen davon, daß es eine schreiende Ungerechtigkeit wäre gegen

diejenigen Arbeiter, die vielleicht noch monatelang unter dem militärischen Zwange stehenbleiben müßten. Auch wäre es eine schwere wirtschaftliche Benachteiligung derer, die festgehalten würden, gegenüber jenen, die nicht nur ihren Bürgerrock wieder anziehen können, sondern auch lohnende Beschäftigung haben. Ist nicht gleich für alle im vollen Verwendungsumfang der Arbeitskraft Arbeit vorhanden, so muß der Ausgleich durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch Zuschüsse zum Lohn aus einer Unterstützungskasse erfolgen. Auf keinen Fall geht es an, daß unsere Feldgrauen, die so unendlich viel gelitten haben für die Volkswirtschaft, nun, nachdem das graujüge Werk getan ist, geteilt werden in Begünstigte und Nichtbegünstigte.

Es kommt hinzu, daß in der Zeit der Uebergangswirtschaft die Textilindustrie stark abhängig sein wird von der Bureaucratie. Die Textilindustrie hat nach den schlimmen Erfahrungen, die sie mit der Kriegswirtschaft gemacht hat, kein Interesse daran, daß durch die Zurückhaltung eines Teiles der Arbeitskräfte die Trägheit der Bureaucratie gestärkt wird. Das Vorhandensein der Arbeitskräfte zur Verfügung der Industrie wird ein brauchbares Mittel sein, um manchmal den Amtschimmel etwas in Trab zu bringen.

Gefordert muß dann von den Textilarbeitern ferner werden, daß in den Betrieben die Arbeiterausschüsse bestehen bleiben bzw. in den stillgelegt gewesenen Betrieben zur Einführung kommen, damit in den Betrieben ein Organ vorhanden ist, welches bei Differenzen der Verständigung dienen kann.

Eine weitere Forderung der Arbeiter in der Textilindustrie ist, ihnen die Möglichkeit der Lohnkontrolle zu bieten. In der Uebergangswirtschaft wird manches Rohprodukt mit zur Verarbeitung kommen, über dessen Verarbeitungsmöglichkeit nicht viel Erfahrung besteht und hinsichtlich dessen es nötig werden wird, Vergleiche mit Löhnen ähnlicher Produkte zu machen. Da muß in den im Arbeitsraum hängenden Lohn Tabellen die Möglichkeit dazu gegeben sein. Viel Klagen gelangen jetzt an uns über zuviel Abzug von Feuchtheitsgewicht beim Papiergarn. Die Arbeiterinnen erblicken mit Recht darin einen Lohnbetrug. Man macht sich in den außerhalb der Arbeiter stehenden Kreisen schwer eine richtige Vorstellung von der Wichtigkeit solcher Zweifel an der Richtigkeit der Löhne. Die gute Stimmung der Arbeiter leidet darunter oft mehr, wie dem Objekt nach begründet wäre. Aber gerade deshalb sollte man in allen Textilbetrieben die Lohnkontrolle ermöglichen. Denn wenn auch die Erhaltung der Arbeiterkraft bei guter Stimmung kein Faktor ist, der sich sofort in Mark und Pfennigen umwerten läßt, so ist er doch aber von großem Einfluß auf die Schaffensfreudigkeit der Arbeiter und auf ihre Leistung. Man soll das also nicht unterlassen.

Eine sehr wichtige Forderung der weiblichen Textilarbeiter ist es sodann, an den Sonnabenden die Arbeit am Mittag zu beenden. Die Vorbereitung auf die Führung eines geordneten Haushalts sowie diese Führung selbst erfordert es, daß den Frauen und den Mädchen wöchentlich ein halber Tag frei bleibt. Arbeiterinnen, die Kinder zu versorgen haben, brauchen jetzt, wo die Lebensmittel so knapp sind, mehr denn je Zeit zum Zusammenhalten der Wirtschaft. Das wird auch für die ersten Jahre der Uebergangswirtschaft noch so sein. Dazu kommt, daß jetzt Kleidung und Wäsche gar arg heruntergewirtschaftet ist. Neue Sachen können nicht beschafft werden. Es ist also mehr Zeit nötig zum Ausbessern. Schließlich hat doch auch die Arbeiterin Anspruch auf Sonntagsruhe. Die Doppelaufgabe, Mutter und gewerblich tätige Arbeiterin zu sein, ist sehr schwer. Diese Doppelaufgabe zu erleichtern, ist ein Gebot der Notwendigkeit. Es muß bei der Organisation der Uebergangswirtschaft volle Beachtung finden.

### Wie steht es um die Finanzierung von Industrie und Gewerbe nach dem Kriege?

Eine schon lange aufgeworfene, aber noch nie recht einleuchtend beantwortete Frage ist die, ob es nach dem Kriege möglich sein wird, die großen Summen, welche in Kriegsanleihe angelegt worden sind, soweit sie für die Wiederbelebung von Industrie und Gewerbe nötig sind, wieder flüssig zu machen. Flüssig würde man sie ja machen können, denn es wird schon Leute geben, die auch nach dem Kriege noch Geld haben werden, um Staatspapiere zu kaufen. Aber im Verhältnis zur Zahl der anbietenden würde die Zahl der kauflustigen Personen sehr gering sein; was ein Sinken des Wertes und damit große

Verluste zur Folge haben würde. Im Interesse unserer Volkswirtschaft und der Erhaltung starker Steuerkraft liegt es nicht, daß solche Verluste eintreten. Es muß daher dafür gesorgt werden, daß ein ausnahmsfähiger Käuferkreis für die Kriegsanleihepapiere vorhanden ist. Es sind jetzt wieder 12 1/2 Milliarden Mark in Kriegsanleihe festgelegt worden und liegen nun ungeheure Summen fest.

Herr Reichsbankpräsident Havenstein hat nun in Frankfurt a. M. gelegentlich einer Werberede für die Kriegsanleihe auch die obige Frage mit beantwortet. Wir halten diese Antwort für wichtig genug, um sie auch unseren Mitglie d e r n zur Kenntnis zu geben; nicht, weil wir etwa besorgt wären, sie würden ihre erworbenen Kriegsanleihepapiere nicht ohne Verlust los werden. O nein! Wir haben Fühlung genug mit den Verhältnissen der Textilarbeiter, um zu wissen, daß nicht viele unter ihnen sein werden, die Kriegsanleihe gezeichnet haben. Wenn wir die Ausführungen des Herrn Havenstein bekanntgeben, so geschieht es, um unsere Kollegen und Kolleginnen zu unterrichten über eine Frage, die für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft der deutschen Textilindustrie von großer Wichtigkeit ist. Die Textilindustrie hat große Summen in Kriegsanleihe festgelegt, und es besteht auch in Arbeiterkreisen Besorgnis, ob es möglich sein würde, die festgelegten Summen im erforderlichen Umfange für den Wiederaufbau flüssig zu machen. Diese Besorgnis scheint unbegründet zu sein. Herr Reichsbankpräsident Havenstein führte aus:

„Unter den bald 70 und mehr Milliarden, die in Kriegsanleihen angelegt sind, ist eine große Anzahl nicht aus Ersparnissen geflossen, sondern es sind Betriebskapitalien, die durch Uebernahme von Rohstoffen, von Warenbeständen, von Pferden, Inventar und anderem Besitz durch das Reich vorübergehend flüssig geworden und freudig in Kriegsanleihe angelegt worden sind, und weitere große Vermitteln sind auch heute in gleicher Weise wieder frei geworden und könnten der Kriegsanleihe zugeführt werden. Und viele Tausende von Privatleuten haben auch nicht nur die Ersparnisse der Vergangenheit, sondern auch die der Zukunft den Kriegsanleihen zugeführt, indem sie Wertpapiere bei den Darlehnskassen beliehen, in der Hoffnung, diese Darlehen in den nächsten Jahren wieder aus künftigen Ersparnissen abzudecken zu können. Sie alle glauben aber, diesen Weg nicht weiter gehen zu dürfen, weil sie doch diese Kapitalien bald nach Friedensschluß wieder nötig haben werden zur Wiederrückstellung ihrer Werke auf die Friedensarbeit, zur Neuanschaffung von Rohstoffen, Lagern, Pferden und Inventar oder zu außerordentlichen Ausgaben, zu denen sie genötigt werden könnten.“

Und hier kommt immer wieder die Sorge und Frage: Werden wir bei den gewaltigen Summen, die sich hier zusammenfinden müssen, die Möglichkeit haben, uns bei den Darlehnskassen durch Beleihung Geld zu beschaffen, und zwar für längere Zeit, und wird es dann andererseits auch möglich sein, diese Milliarden von Kriegsanleihen nach dem Kriege auch wieder zu verkaufen, ohne daß ein ungeheurer Kurssturz eintritt und wir allerhöchster Verluste erleiden?

Lassen Sie mich auch darauf noch einmal Antwort geben. Die Darlehnskassen werden zweifellos noch eine längere Reihe von Jahren — ich nehme an wenigstens vier oder fünf — bestehen bleiben und jeder Beleihung zugänglich sein; sie werden auch, wenn es auch nicht möglich ist, ihren Zinsfuß schon für länger als die Dauer des Krieges festzulegen, es sich angelegen sein lassen, gerade denjenigen, welche die Darlehen genommen haben, um ihre Kriegsanleihezeichnung allmählich abzutragen, diese Abtragung auch nach dem Frieden durch in a b v o l l e Z i n s f ä h e und einen Vorkurszuschuß nach Möglichkeit zu erleichtern. Aber diese Beleihung bei den Darlehnskassen wird nicht ausreichen. In sehr vielen Fällen wird der Besitzer sich durch die Größe seiner Aufwendungen gezwungen sehen, seinen Besitz an Kriegsanleihe durch Verkauf wieder umzuwandeln in bares Geld und dieses wieder in Rohstoffe und Werksanlagen und dergleichen. Es ist deshalb ganz richtig, daß aus diesem Grunde in den ersten Jahren nach dem Frieden sehr große und nach Milliarden zählende Beträge von Kriegsanleihen an den Markt strömen werden. Aber die verantwortlichen Instanzen sind sich auch völlig klar darüber, daß durch einen solchen plötzlichen Andrang eines Uebermaßes von Verkaufsaufträgen, da für solche Menge ausreichende Käuferkreise nicht vorhanden sein können, ein Kurssturz herbeigeführt werden würde, der sich auf den ganzen Bestand von selbsterlöblichen Wertpapieren übertragen müßte, und daß dieser Kurssturz nicht nur dem einzelnen Verkäufer, sondern auch der Steuerkraft des Volkes und der Wirtschafts- und Finanzkraft des Reiches schweren Verlust und Schaden bringen würde. Die verantwortlichen Instanzen sind sich deshalb auch darüber völlig klar, daß hiergegen große und wirksame Vorkehrungen getroffen werden müssen, die ganz außer Verhältnis stehen zu den Aufnahmen an der Börse, denen sich die Reichsbank schon heute unterzieht, und zu der Maßregel, die sie im Interesse gerade des kleinen Sparerspublikums schon jetzt getroffen hat, daß jede Zweiganstalt der Reichsbank jedem, der Kriegsanleihe gezeichnet hat und sie verkaufen muß, jederzeit Beträge bis zu 1000 Mk. zum Emissionskurse von 98 abnimmt. Was dagegen später notwendig sein wird, geht weit über diese beiden Maßnahmen hinaus, und ich wiederhole, daß auch bereits ganz bestimmte Maßnahmen ins Auge gefaßt sind, die nach menschlichem Ermessen geeignet und ausreichend sein werden, auch einem sehr großen, nach Milliarden zählenden Andrang solcher Wertpapiere wirksam zu begegnen. Es ist eine U n f a h m e a k t i o n i n g a n z g r o ß e m S t i l i n A u s s i c h t g e n o m m e n, die, wie ich hoffe und wünsche, die Reichsbank mit der gesamten deutschen Bankwelt ins Werk setzen wird, die sich ja schon heute zu meiner Genugtuung fast überall zu Bankvereinigungen zusammengeschlossen hat, und diese werden sich dann wohl mitunter zu jener gemeinsamen Aktion zusammenfassen lassen. Auch hier sollen die Darlehnskassen, die ja überhaupt erst nach dem Kriege ihre volle Bedeutung erhalten werden, zur Lösung der Aufgabe mit herangezogen werden, nötigenfalls mit einer kleinen Ergänzung des Darlehnskassengesetzes. Mit ihrer Hilfe soll ein großer Teil des für die Aufnahme erforderlichen Betriebskapitals beschafft werden, während andererseits die Zusammenarbeit von Reichsbank und Bankwelt, die ja schon während des ganzen Krieges in außerordentlich dankenswerter und erfolgreicher Weise sich betätigt hat, wieder die Aufgabe übernehmen soll, die gemeinsam aufgenommenen Werte in einer Anzahl von Jahren wieder ab-

zutreiben und ihre Auffangung zu ermöglichen. Auch hierfür werden starke Kräfte in Bewegung gesetzt werden können. Neben dem Tilgungsfonds des Reiches wird der andauernde Anlagebedarf unseres eigenen Volkes einen Teil dieser Werte wieder aufnehmen. Ein anderer Teil wird aufgekauft werden, wenn, woran wir ja alle nicht zweifeln, für die Verteilung der Gesamtkosten dieses Krieges auch eine starke Heranziehung der direkten Steuern erfolgen wird, die dann wohl auch ganz oder teilweise, wie die bisherige Kriegsteuer, durch Kriegsanleihen abgetragen werden könnten, und endlich erscheint die Annahme berechtigt, daß nach dem Kriege auch im Ausland, und insbesondere in dem reich gewordenen neutralen Ausland, ein Begehren nach deutschen Werten sich geltend machen wird, da sie dem Erwerber, zumal solange wir unsere Valuta noch nicht völlig wiederhergestellt haben werden, diese aber, wie ich nicht bezweifle, in fortgesetzt steigender Richtung sich bewegen wird, einen ganz außerordentlichen und sicheren Gewinn in Aussicht stellt. Das ist in großen Zügen das Programm, welches wir auszuführen uns vorgenommen haben. Ich hege keinen Zweifel, daß es nicht nur ausführbar, sondern auch die freudige Mitwirkung und Mitarbeit der deutschen Bankwelt finden, daß gerade diese gemeinsame Arbeit die Lösung des Problems sichern wird, und daß das Programm jener Gefahr eines übermäßigen Verkaufandranges und eines Kurssturzes, der mit dem inneren Wert unserer Anleihen nicht mehr übereinstimmen würde, einen wirksamen Damm entgegenzusetzen wird.“

### Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1916.

Trotz der durch den langen Kriegszustand verursachten Erschwernisse sind auch im verfloffenen Jahre die Arbeitersekretariate ihren Aufgaben gerecht geworden. Allerdings war ihre Tätigkeit nicht so umfangreich wie in den letzten Friedensjahren. Die Einberufungen zum Seeresdienst haben den Sekretariaten so manche wertvolle Arbeitskraft genommen, die nicht so leicht ersetzbar ist. Es bestanden 1916: 130 Arbeitersekretariate, die von den der Generalkommission angehörenden Zentralverbänden unterhalten wurden. An der Statistik sind 119 beteiligt. Diese wurden im Jahre 1916 insgesamt von 526 365 Personen in Anspruch genommen, darunter waren 492 716 = 93,6 Proz. Arbeitnehmer oder Angehörige solcher; 276 652 Auskunftsliche = 23,9 Proz. der Gesamtzahl gehörten gewerkschaftlichen Organisationen an. Bemerkenswert ist, daß sich seit Kriegsausbruch die Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen erheblich gesteigert hat. Sie stieg von 110 934 im Jahre 1913 auf 241 296 im Berichtsjahr. 1913 kamen auf je 100 Besucher 16,2 weibliche, 1916 dagegen 45,8. Diese Ercheinung ist zum Teil zurückzuführen auf die Auskunftsverteilung an Kriegerfrauen über Unterstützungsfragen. Aber auch die erhöhte Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben an Stelle der eingezogenen Männer hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen.

Insgesamt wurden 558 947 Auskünfte erteilt, darunter 44 419 schriftlich. Erheblich zugenommen während der Kriegszeit hat die Zahl der Auskünfte in Staats- und Gemeindeangelegenheiten. Während sie 1913 nur 15,2 Proz. aller Auskünfte ausmachten, stehen sie 1916 mit 150 462 = 27,1 Proz. der Gesamtzahl an erster Stelle. Die erhebliche Vermehrung dieser Auskünfte steht mit dem Kriegszustand, Militärwesen und Kriegsfürsorge in Verbindung. Ein Teil der Sekretariate registrierte die Auskünfte über Unterstützungssachen der Familien von Kriegsteilnehmern unter dem Titel „Gemeinde- und Staatsangelegenheiten“. 85 Sekretariate zählten diese Auskünfte geordnet. Es wurden von ihnen insgesamt 57 673 Auskünfte in Familienunterstützungssachen erteilt. 127 954 Auskünfte = 23,0 Proz. der Gesamtzahl betrafen Fragen des bürgerlichen Rechts. An dritter Stelle nach der Zahl der Auskünfte steht das Gebiet der Arbeiterversicherung mit 125 444 Auskünften, die 22,6 Proz. aller Auskünfte ausmachen. Es kamen auf die Unfallversicherung 59 541, auf die Krankenversicherung 25 353, auf das Knappschaftswesen 2895 und auf die Invalidenversicherung einschließlich der Privatangeleistetenversicherung 36 594 Auskünfte. Bei der Invalidenversicherung ist gegen das Vorjahr eine Zunahme der Auskünfte um 2806 eingetreten. Es machen sich auf diesem Gebiet bereits die Invalidenlücken der Kriegsteilnehmer geltend. Von den übrigen Auskünften betrafen 48 578 Arbeits- und Dienstverträge, 22 103 das Strafrecht, 822 das Vereins- und Versammlungsrecht, 3246 die Arbeiterbewegung, 5809 Privatversicherung, 2058 Handels- und Gewerbeachen.

Schriftsätze wurden 175 292 angefertigt. Die Verteilung auf die einzelnen Sachgebiete stellt sich folgendermaßen dar. Es betrug die Zahl der Schriftsätze in bezug auf die Arbeiterversicherung 37 260, Arbeits- und Dienstverträge 11 003, Bürgerliches Recht 21 936, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 34 542, Strafrecht 5254, Unterstützungssachen der Familien von Kriegsteilnehmern 42 292.

Ueber die persönliche Vertretung von Rechtsfällen vor Körperchaften machten 99 Sekretariate Angaben. Diese übten insgesamt Vertretungen in 4652 Fällen aus. Die Zahl der wahrgenommenen Termine belief sich auf 7873.

Ueber den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen behandelten Rechtsfällen erzielten, sind genaue Nachweise nicht zu erbringen. Die Sekretariate sind hier auf Mitteilungen der Rechtssuchenden über den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten angewiesen. Solche Mitteilungen erfolgen jedoch nur in einem verhältnismäßig geringen Umfang. 83 Sekretariate berichteten zusammen über 23 450 Fälle, deren Ausgang ihnen bekannt wurde. Von diesen Rechtsstreitigkeiten waren 17 558 erfolgreich und 5892 erfolglos.

Die Unterhaltung der Sekretariate legt den Gewerkschaften erhebliche finanzielle Opfer auf. In der Hauptsache sind es Einrichtungen der Kartelle. Zwei Sekretariate werden von der Generalkommission und 13 vom Verband der Bergarbeiter unterhalten. Bei der durch den Krieg verursachten starken Verminderung der Gewerkschaftsmittelglieder wäre es den Kartellen nicht möglich gewesen, die Sekretariate völlig zu unterhalten, wenn nicht die Generalkommission durch Zuschüsse besonders bedrängten Sekretariaten finanzielle Hilfe gewährt hätte. Die Gesamtausgabe der an der Statistik beteiligten Sekretariate betrug 576 315 Mk. Von dieser Ausgabe wurden gedeckt 334 306 Mk. aus Kartellkassen, 43 852 Mk. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 34 852 Mark aus den Kassen beteiligter Organisationen. Unter der letzteren Summe befinden sich 23 702 Mk. des Bergarbeiterverbandes für die Unterhaltung seiner Sekretariate. Die Zu-

schüsse der Generalkommission belaufen sich auf 74 217 Mk., die von Parteiorganisationen und sonstigen Arbeiterunternehmungen auf zusammen 21 365 Mk. Aus Staats- und Gemeindefonds wurden an sieben Sekretariate zusammen 10 475 Mk. gegeben. Ein Defizit von 23 877 Mk. wurde aus den Kassenbeständen gedeckt.

Bei der regenreichen Tätigkeit, die die Sekretariate durch ihren dem werktätigen Volke gewährten Rechtsbeistand entfalten, der in hohem Maße dem allgemeinen Wohle dient, wäre es durchaus angebracht, wenn die Sekretariate in größerem Umfange als es bisher geschehen, Unterstützungen aus Gemeindefonds erhalten würden. Besonders aber während des Krieges, wo bei dem stark reduzierten Mitgliederstande die Gewerkschaften die finanziellen Opfer besonders drückend empfinden. Der Aufgabenkreis der Sekretariate ist durch ihre Tätigkeit in Kriegsfürsorgeangelegenheiten gegen die Friedenszeit bedeutend erweitert. Die Aufrechterhaltung der Sekretariate während der Kriegszeit ist eine dringende Notwendigkeit. Es gereicht den Gewerkschaften zur hohen Ehre, aus eigener schöpferischer Kraft, trotz aller Schwierigkeiten und finanziellen Opfer, die Rechtsberatungseinrichtungen bisher aufrecht erhalten zu haben.

### Unsere Toten im Jahre 1917.

Unsere Verluste durch Tod waren auch in diesem Jahre wieder recht zahlreich, sie betragen rund tausend. Die Hälfte davon kommt auf Rechnung des natürlichen Todes oder des durch Krankheit oder Unglücksfall herbeigeführten, die andere Hälfte beansprucht der immer noch rasende Kriegstod.

Wie in den verfloffenen Jahren haben Lungenkrankheiten und Tuberkulose wieder eine reiche Ernte gehalten, was bei der Kriegsernährung freilich nicht auffällig ist; die Opfer an diesen Krankheiten betragen nach unserer Zählung, die vielleicht, weil bei vielen der Verstorbenen die Todesursache nicht angegeben war, noch lange nicht vollständig ist, rund 100, die der an verschiedenen anderen Krankheiten oder infolge operativen Eingriffs Verstorbenen betrug 102. Herzleiden aller Art erforderten 45 Opfer, das Alter 25, Schlaganfall und Schlagfluß 21, Magen- und Nierenkrankheiten zusammen 16, die Krebskrankheiten 15, die Darmleiden 10 Opfer. Freiwillig aus dem irdischen Samsamtal schieden 4 Mitglieder. Im ganzen betrug die Zahl der nicht im Kriege oder direkt infolge des Krieges Verstorbenen über 500.

Rund 500 Kollegen verloren wir aber auch in diesem Jahre im Kriege und durch den Krieg direkt. Das ist weniger als in den früheren Kriegsjahren, doch immer noch zuviel, besonders für die Zeit, von der wir vor einem Jahre mit ziemlicher Sicherheit annahmen, daß sie wieder Friede n s z e i t sein würde.

Werden wir das k o m m e n d e Jahr endlich im Frieden abschließen können?

Wir hoffen es z u v e r s i c h t l i c h. Und in dieser Zuversicht gedenken wir mit Wehmut der Toten, grüßen wir hoffnungsfroh die Lebenden und das n e u e Jahr, von dem wir n u n glauben, daß es uns endlich den Frieden bringen und uns wieder der Segnungen friedlicher Kulturarbeit teilhaftig werden lassen wird. Es soll uns auch bekanntlich Freiheit und Rechte, d. h. politische Umgestaltungen bringen, die wir schon lange als Strebeziele kannten. Darum

Glück auf im Jahre 1918!

### Aus der Textilindustrie.

Wie man mit Wolle Wucher treibt. Ein Pfund Wollgarn kostet jetzt, so wird der „K ö l n i s c h e n V o l k s z e i t“ geschrieben, 45 Mk. und noch mehr. In einer landwirtschaftlichen Versammlung im Bergischen wurde bemerkt, daß der Schafzüchter 3,50 Mk. gegen 3 Mk. im Frieden für das Pfund Schafwolle erhält. Wo kommt nun der ungeheure Preisunterchied her? Im Frieden kostete ein Pfund Wollgarn nur 5 Mk.

In der Textilindustrie A. G. in Barmen schlägt der Aufsichtsrat nach als reichlich bezeichneten Abschreibungen und Rückstellungen eine Dividende von 10 Proz. und einen Bonus von 2 1/2 Proz. auf das 5 000 000 Mk. betragende Aktienkapital vor. Im Vorjahre wurde der Reingewinn vorgezogen.

Die Zuteilung der Weberei Cassel berief auf den 12. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ein: Gründung einer Beamtenpensionskasse; Beschlußfassung über die Verwendung freiwilliger Rücklagen; Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von Gratisaktien.

In der Maschinenpustindustrie ist nunmehr eine Zusammenlegung der Verriebe erfolgt. Die Kriegsrüststoffabteilung des Rgl. Br. Kriegsministeriums stellt regelmäßig Kontingente für die Herstellung maschineller Puststoffe zur Verfügung. Es sind vier Höchstleistungsbetriebe, und zwar die Firmen: Mech. Weberei Altfeld G. m. b. H. in Altfeld bei Stritz i. Sa., Weberei Mulda A. G. in Mulda, Pona S p i n n e r e i e n u n d W e b e r e i e n A. G. in Neuwerk i. Rhld., K l e m m u. E g i n S e k d o r f i. S a., bestimmt worden, welche die auf die stillgelegten Firmen entfallenden Kontingentsanteile aufzuarbeiten haben. Die Zuteilung dieser Kontingentsanteile an die Höchstleistungsbetriebe ist auf Umweisung der Kriegsrüststoffabteilung von dem Maschinenpust- (Weber-) Verband E. V. vorgenommen worden.

Eine deutsche Winterfajergesellschaft m. b. H. hat sich in Bühlenthal in Baden gebildet. Die Firma hat dort eine Fabrik zur Gewinnung von Spinnfasern aus Ginster nach dem ihr patentierten Verfahren errichtet, und zwar für eine Tageserzeugung von mindestens 3000 Kilogramm Spinnfaser bzw. Verarbeitung von 30 000 Kilogramm Rohginster. In einem größeren Probebetriebe wurden bereits namhafte Mengen dieser Faser erzeugt und diese in den ersten Spinnereien und Webereien zu Garn und zu Stoffen verarbeitet.

Eine gelesliche Betriebsbeschränkung in der englischen Wollenindustrie ist eingetreten. Nach den Angaben der „Labour Gazette“ ist für die Wollenindustrie eine unmittelbare Beschränkung der Arbeitszeit vorgenommen worden. Nach der neuesten Verordnung, die am 1. September d. J. in Kraft getreten ist, wird in den Spinnstoffbetrieben Großbritannien, deren Arbeit ganz oder teilweise im Drehen, Spinnen, Spinneln oder Spulen eines wollenen oder wollartigen Garnes bzw. von Mohair, Alpaka, Kaschmir oder Kameelhaar besteht, die

wöchentliche Arbeitszeit vom 1. September ab auf höchstens 50 Stunden beschränkt, wenn nicht eine besondere Erlaubnis erteilt wird. Die Betriebe, deren Arbeit ganz oder teilweise im Kardieren oder Spinnen irgendeines anderen Garnes als den oben genannten Arten besteht, werden vom 1. September ab, wenn nicht besondere Erlaubnis nachgesucht wird, um 7 1/2 Proz. der durchschnittlichen wöchentlichen Stundenzahl des Monats März 1917 beschränkt. Auch in den Fabriken, die teils Kardieren, Drehen oder Spinnen und teils Wolle oder wollartige Garne verweben, wird die wöchentliche Stundenzahl in gleicher Weise bei sämtlichen Betrieben gewisser Bezirke Großbritanniens (so in der Grafschaft Cumberland, in den meisten Grafschaften Schottlands und in einem Teil der Grafschaft Yorkshire) beschränkt. Auch die Arbeitszeit der Teppichweberei ist in gleicher Weise geregelt worden. Schließlich dürfen alle Betriebe, die sich mit der Herstellung von Wirkwaren befassen, sofern es sich nicht um unmittelbare Seereslieferungen handelt, ohne Erlaubnis nicht mehr als 85 Proz. der im Durchschnitt wöchentlich in den Monaten Januar bis März 1917 erzeugten Mengen herstellen.

Smyrnas Baumwollerte 1916 betrug ca. 10 000 Ballen zu ca. 205—220 Kilogramm gegen 15 000 Ballen im Vorjahr. Ungefähr die Hälfte, also ca. 6000 Ballen, sind von der Smyrnaer Spinnerei (Filature de Coton) für die Fabrikation von Fäden, weißen Baumwollgeweben (Cabots) und Verbandmatte (Coton hydrophile) für Medizinallzwecke verkauft worden; ein großer Teil wurde Anfang 1916 nach Konstantinopel gesandt. Der gegenwärtige Vorrat ist gleich Null. Im Innern soll sich noch eine geringe Menge in Händen reicher Leute befinden, aber sicher nicht mehr als ca. 700 Ballen. Die Preise der Baumwolle wurden für 1916 durch die Regierung zu 400 Piaster pro Doppelzentner von 40 Oka (was ungefähr 3,30 Kr. oder 2,20 Mk. pro Kilogramm gleichkommt) festgesetzt, sind aber, wie man sagt, im Innern auch unter der Hand überschritten worden.

Ueber die Geschäftslage im Ruppertal wird der „Nöln. Ztg.“ geschrieben: Da für die Rüstungsindustrie noch hinreichend Aufträge vorhanden sind, ist die geschäftliche Lage in unserm Tal im Oktober im allgemeinen befriedigend gewesen. Die Erzeugung des Webstoffgewerbes wird fast ganz für den Seeresbedarf in Anspruch genommen, so daß für den Privatgebrauch in den einschlägigen Waren nur wenig übrig bleibt. Befragten werden nur noch in geringen Mengen hergestellt. Es fehlt für sie der Rohstoff. In manchen Sachen sind ja noch Lagerposten vorhanden. Von diesen Lagerposten werden einzelne durch Umänderung für notwendige Bedarfsgegenstände zurechtgemacht. Die Spitzenfabrikanten haben ihre Erzeugung auf sehr geringe Mengen beschränken müssen. Die Webereien, die Stoffe für Seeresbedarf herstellen, sind infolge geringerer Anlieferungen der betreffenden Rohstoffe nicht mehr ganz so flott beschäftigt wie vordem. Die Stückerarbeiten, die auf das Appretieren der Papiergarnstoffe eingerichtet sind, haben gut zu tun, wenn auch die Betriebe nicht voll beschäftigt sind. Die Verwendung der Papiergarne dehnt sich immer mehr aus. Die daraus hergestellten Stoffe werden durch Vervollkommnung immer mehr brauchbar. Es ist ganz außer Zweifel, daß dieses Garn auch nach dem Kriege nicht vom Markt verschwinden wird. Die Beschlagnahme der Papiergarne wird ohne Zweifel für die Hersteller, die keine Seereslieferungen haben, sehr nachteilig sein. Es sind Abschlässe in diesen Garnen bis zum ersten Viertel 1918 gemacht worden. Inwiefern auf diese Abschlässe Lieferungen ohne Belegchein gemacht werden können scheint noch nicht bestimmt zu sein. Die Färbereien und besonders die Eisengarnfabrikannten sind hauptsächlich in Papiergarn beschäftigt.

Bedeutende Militärtextilbestellungen in England. Nach englischen Blättern hat die Militärverwaltung neuerdings den Tuchfabriken eines verhältnismäßig kleinen Bezirkes in Yorkshire einen Auftrag von mehr als 16 Millionen Yards in Militärtextilien erteilt, die im ersten Vierteljahr des kommenden Jahres zu liefern sind. Demnach scheint ja England den Krieg bereuigen zu wollen.

### Zur Erwerbslosenfürsorge.

#### Leitfätze für die Erwerbslosenfürsorge für Textilarbeiter des Kreises Landeshut i. Schl.

##### § 1. Fürsorgeberechtigung.

Fürsorgeberechtigt ist jeder Arbeiter in einer Textilfabrik des Kreises Landeshut. Nichtfürsorgeberechtigt sind Arbeiter, die ihre Beschäftigung nach Inkrafttreten dieser Leitfätze freiwillig aufgeben. Ihre Fürsorgeberechtigung lebt wieder auf, wenn sie sich in einer Textilfabrik des Kreises Landeshut zur Weiterbeschäftigung melden und die Betriebsverhältnisse ihre Wiedereinstellung gestatten.

##### § 2. Fürsorgebeträge.

1. Die Fürsorgebeträge setzen sich zusammen aus einem Ersatz für Verdienstausfall (§ 3) und einer Familienzulage (§ 4).

Hierzu treten die vom Arbeitgeber allein zu tragenden Teuerungszulagen und Lohnzulagen. Sie betragen bei einer Arbeitszeit von 50 und mehr Stunden

für den männlichen Arbeiter	Mk. 4,56	und	Mk. 2,50
" " weiblichen	" 3,75	"	" 2,50
" " jugendliche Arbeiter	" 3,—	"	" 2,50

Bei einer Betriebszeit von weniger als 50 Stunden werden diese Teuerungszulagen und Lohnzulagen im Verhältnis der tatsächlichen Arbeitsstundenzahl zu 55 Stunden gekürzt, jedoch höchstens auf die Hälfte.

2. Für die Zeit, während der ein Arbeiter Krankengeld bezieht oder aus anderen triftigen Gründen der Fabrikarbeit fernbleibt, wird der Ersatz für Verdienstausfall nicht gezahlt, jedoch erhält der Arbeiter die Familienzulage und die Hälfte der vom Arbeitgeber allein zu tragenden Teuerungszulagen und Lohnzulagen. Bezieht der Arbeiter für die ersten drei Krankentage kein Krankengeld, so erhält er für diese Zeit eine Fürsorgeentschädigung in der Höhe des ihm seitens der Betriebskrankenkasse zustehenden Krankengeldes.

3. Arbeiter, die 50 Stunden und mehr in einer Woche beschäftigt sind, erhalten nur die Familienzulage, jedoch nicht den Erersatz für Verdienstausfall.

4. Bei der Berechnung der Fürsorgebeträge ist in Zweifelsfällen, falls besondere Gärten vorliegen, zugunsten des Arbeiters zu entscheiden.

##### § 3. Erersatz für Verdienstausfall.

1. Wird die Betriebszeit unter 50 Stunden verkürzt, so wird der Erersatz für Verdienstausfall nach der Zahl der an 55 Wochenstunden fehlenden Arbeitsstunden berechnet und beträgt für jede volle Arbeitsstunde:

für erwachsene männliche Arbeiter	40 Pf.
" " weibliche	30 "
" " jugendliche Arbeiter	20 "

2. Wird ein Arbeiter durch außer seiner Schuld liegende Ursachen vorübergehend zur Arbeitsunterbrechung gezwungen, so erhält er die ausfallenden vollen Arbeitsstunden nach den vorstehenden Sätzen vergütet, wenn es mehr als drei hintereinander sind, und wenn er sie seinem Meister unberzüglich gemeldet hat. Bedient er mehrere Arbeitsmaschinen, so wird die Ausfallstunde, wenn nur ein Teil dieser Arbeitsmaschinen feiert, anteilig vergütet, daß, wenn beispielsweise von zwei Webstühlen einer feiert,

der männliche Arbeiter	20 Pf.	Vergütung für die Arbeitsstunde,
" " weibliche	15 "	" " " " "

erhält. Arbeiterinnen, welche 10/11, 12/11 breite Webstühle oder schwere Segeltuchstühle bedienen, erhalten die Entschädigung für männliche Arbeiter. Den Arbeitnehmeranteil an den Krankenkassen und Invalidenbeiträgen haben die Arbeiter aus obigen Beträgen zu zahlen.

##### § 4. Allgemeine Kriegsteuerungszulage.

Jeder Arbeiter erhält die wöchentliche Familienzulage in Höhe von 2 Mk. pro Kopf:

- a) für den anderen Ehegatten, falls dieser nicht fürsorgeberechtigt ist und keine sonstige Einnahmen hat;
- b) für jedes eheliche und uneheliche minderjährige Kind, das weniger als 14 Jahre alt oder sonst erwerbsunfähig ist und für dessen Unterhalt der Arbeiter sorgt. Den eigenen Kindern stehen fremde Kinder, die der Arbeiter dauernd unentgeltlich in Pflege hat, gleich. Die Familienzulage darf, auch wenn beide Elternteile fürsorgeberechtigt sind, nur einmal ausbezahlt werden, sie ist grundsätzlich der Mutter ausbezahlen, dem Vater nur, wenn er nachweist, daß sie der Mutter nicht ausbezahlt wird;
- c) für jeden nichterwerbsfähigen Elternteil, wenn der Fürsorgeberechtigte ihn ganz oder überwiegend unterhält.

##### § 5. Nebeneinnahmen.

Die Fürsorgebeträge vermindern sich um die Hälfte des um Aushilfsarbeit bei einem fremden Arbeitgeber oder durch Heimarbeit erzielten Verdienstes, abzüglich der Arbeitnehmerbeiträge für Invalidenversicherung und Krankenkasse. Als Aushilfsarbeit gilt nicht Gelegenheitsarbeit, die mehr oder weniger einen Zufallscharakter trägt.

##### § 6. Arbeitsleistung.

Arbeiter, die an einem Fabrikarbeitsstage ohne ausreichende Entschuldigung an ihrer Arbeitsstätte fehlen, erhalten keine Unterstützung (Ersatz für Verdienstausfall und Familienzulage) für die Lohnwoche.

Keine Unterstützung (Ersatz für Verdienstausfall und Familienzulage) erhalten Arbeiter, welche eine ihnen zugewiesene Aushilfsarbeit auch bei anderen Arbeitgebern zu übernehmen sich weigern. Als geeignet gilt Aushilfsarbeit nicht, wenn der Arbeiter dadurch verhindert wurde, mit Ehegatten und Kindern zusammen zu wohnen.

##### § 7. Auszahlung, Kostenverteilung.

1. Die Fürsorgebeträge werden den Arbeitern von ihren Arbeitgebern wöchentlich ausbezahlt. Kommt ein Arbeiter der gesetzlichen Unterhaltungsspflicht gegenüber seinen Familienangehörigen nicht nach, so kann der Fürsorgebetrag entzogen und zum Unterhalt der unterhaltungsberechtigten Familienangehörigen verwendet werden.

2. Die Wohngemeinde des einzelnen Arbeiters erstattet dem Arbeitgeber die von diesen ausgezahlten Fürsorgebeträge, insoweit sie von Reich und Staat Zuschüsse für die Textilerwerbslosenfürsorge erhält, mindestens fünf Sechstel des verauslagten Betrages.

3. Für Arbeiter stillgelegter Betriebe, welche wegen Alters oder körperlicher Gebrechen geeignete Arbeit nachweislich nicht finden können, übernehmen Reich, Staat und Gemeinden die Fürsorgeunterstützung.

##### § 8. Inkrafttreten.

Diese Leitfätze treten in Kraft, sobald die Behörden ihre Zustimmung erklärt haben.

### Vermischtes.

#### Die Brotkarte.

Fast alle europäischen Länder haben nun die Brotkarte. Die Ration beträgt pro Kopf und Tag in Gramm in: Bulgarien 500, Dänemark 315, Deutschland und Oesterreich-Ungarn 280, England und Schweden 260, Holland 254, Schweiz, Italien, Türkei 250.

#### Ein Staatsminister für das Wohnungsweien in Preußen!

D. W. A. Die immer gefährdender am Horizont der Zukunft heraufsteigende starke Wohnungsnot mit all ihren verhängnisvollen Begleiterscheinungen läßt durchgreifende rechtzeitige Vorkehrungen zur Vorbeugung und Abhilfe immer dringender erscheinen. Aber alle Abhilfe wird in dem größten deutschen Bundesstaate, in Preußen, unsäglich verzögert und erschwert und ihr rechtzeitiges Eintreten überhaupt vielfach unmöglich gemacht durch die unheilvolle Zersplitterung der behördlichen Befugnisse. In Preußen ist nämlich die Handhabung der einschlägigen Befugnisse auf nicht weniger als sieben Ministerien, auf die Ministerien des Innern, des Handels, der Landwirtschaft, der öffentlichen Arbeiten, der Eisenbahnen, des Finanz- und Kriegsministeriums verteilt. Keines dieser Ministerien kann ohne eines oder mehrere der anderen richtig voran, keines kann danach aber auch richtig verantwortlich gemacht werden für die Abstellung der Uebelstände. Daß unter solchen Umständen das rasche und durchgreifende Handeln, wie es die Zeit so gebieterisch erfordert, fast unmöglich ist, liegt auf der Hand. Deshalb hat jetzt Oberbürgermeister Dominicus (Schöneberg) auf der Jahresversammlung des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungsweien den Ruf nach Zusammenfassung der ganzen zentralen staatlichen Aufgaben und Befugnisse für das Wohnungsweien der Uebergangswirtschaft in Preußen in einer

Hand, in der Hand eines Staatskommissars für das Wohnungsweien, erschallen lassen. Der Gedanke ist kühn; aber seine Verwirklichung würde sehr möglicherweise radikale Abhilfe bringen, und er entbehrt in unserer bewegten Zeit ja auch nicht manniqfacher Vorbilder. Er verdient deshalb gewiß die ernsteste Beachtung.

### Berichte aus Fachkreisen.

Nachen. Gleiche Löhne für gleiche Leistungen. Gleiche Rechte seien aber auch ebenso gleiche Pflichten voraus. Hierin begegnen wir der größten Inkonsequenz und Grundlosigkeit. Der Verband strebt seit seiner Gründung, und im § 1 des Statuts ist schon sofort klar ausgedrückt: „Gleiche Löhne für gleiche Leistungen“. Für die Berechtigung und Notwendigkeit dieser Verbandsforderung braucht kaum weiteres gesagt zu werden; sie spricht für sich und ist ein alter gewerkschaftlicher Grundsatz. Wäre diese Forderung nicht immer schon von uns erhoben worden, so müßten wir sie jetzt, wo durch den Krieg dazu getrieben, Millionen Frauen und Mädchen Lohnarbeit verrichten, erheben. Leider ist es noch lange nicht überall gelungen, die Forderung auch in die Praxis umzusetzen. Auch bei uns nicht! Der Widerstande sind sehr viele. Erstens muß die Unternehmer, die die Frauennarbeitskraft immer als williger und billiger auszunutzen beliebten. Zweitens aber vor allem die mangelnde Erkenntnis leider auch so vieler Frauen und Mädchen selbst, die nicht begreifen wollen, daß zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einmütig konzentrierter Wille, wie er durch den Anschluß aller an den Verband zum Ausdruck kommt, notwendig ist. Der Beitritt aller Frauen und Mädchen, die nur irgendwie in der Textilindustrie beschäftigt sind, zum Deutschen Textilarbeiterverband heißt demnach: die Vorbedingungen zu der Forderung „gleiche Löhne für gleiche Leistungen“ schaffen.

Da nun, wo für die gleiche Arbeit der gleiche Lohn gewährleistet ist, vermöge der langjährigen Pionierarbeit des Verbandes, wie in der Weberei, wo der Akkordlohn für Männer und Frauen derselbe ist, da sollten die gleichen Rechte auch die gleichen Pflichten auslösen. Es sollte nicht nur eine Selbstverständlichkeit sein, daß alle Weberinnen dem Deutschen Textilarbeiterverband angehören, nein, sie sollten sich auch in der Beitragszahlung durch nichts hinter den Männern selbst zurückziehen. Wie schmal würde doch unsere Forderung „gleiche Löhne für gleiche Leistungen“ klingen, wenn wir nicht gleiche Pflichten für gleiche Rechte anerkennen wollten. Es rechtfertigt sich also durch nichts, wenn die Weberin pro Woche einen Verbandsbeitrag von 35 Pf., der Weber aber einen solchen von 55 und 65 Pf. zahlt. — Zweck dieser Zeilen soll sein, unsere Kolleginnen allerorts auf den Verband und, wenn sie demselben schon angehören, auf die Beitragsleistung hinzuweisen. Wenn hiermit erreicht wird, daß demnächst, gegen wir mal vom 1. Januar 1918 an, alle Kolleginnen, welche es vermögen, aus freien Stücken sich einer höheren Beitragsklasse zuwenden, so wäre das ein Erfolg von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten!

Grimmsthan. Wie allgemein bekannt sein dürfte, hat nach Ausbruch des Krieges unser Zentralvorstand Maßnahmen ergriffen müssen, welche tief einschneidend in unsere Unterstützungs-einrichtungen waren. Da alle Arbeiterorganisationen nur für die Friedenswirtschaft gegründet worden sind, so machte es sich notwendig, den außerordentlichen Verhältnissen, welche sich bei Ausbruch des Krieges einstellten, außerordentliche Maßnahmen entgegenzustellen, und eine solche notwendige Maßnahme war die Aufhebung der Kranken-, Wöchnerinnen-, Heise-, Umzugs-, Streik- und Gemafregelunterstützung; letztere beiden Unterstützungen sind auf der Generalversammlung in Augsburg wieder zur Einführung gelangt, die Begräbnisunterstützung blieb erhalten und die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit wurde auf die Hälfte herabgesetzt. Dafür waren aber unsere Verbandsfunktionäre in allen Gauen Deutschlands unansatzbar tätig, um Staat und Gemeinden zu drängen, für die infolge des Krieges arbeitslos gewordenen Textilarbeiter Mittel bereitzustellen, um diese Arbeiter vor der größten Not zu schützen. Unablässig sind die Leiter des Verbandes tätig, um den oft rat- und hilflosen Kolleginnen und Kollegen in Unterstützungs- und Rechtsfragen beizustehen. Groß sind die Summen, welche infolge dieser Tätigkeit für unsere Mitglieder herausgeholt worden sind, und doch gibt es noch einzelne Kolleginnen und Kollegen, welche infolge der Außerkräftsetzung der Krankenunterstützung ihre Unzufriedenheit bekunden und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ihren Unwillen zum Ausdruck bringen. Diese Unzufriedenen bitten wir, einmal darüber nachzudenken, wohn der Verband gekommen wäre, wenn die Verbandsleitung alle Unterstützungseinrichtungen aufrechterhalten hätte. Jedenfalls wäre dann der Wunsch der Unternehmer in Erfüllung gegangen und der Verband hätte seine Aufgabe betreffs Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr erfüllen können. Wollte nun der Vorstand die Krankenunterstützung jetzt wieder zur Einführung bringen, so würde dies die Ausgaben in einer Weise vergrößern, daß wir auch jetzt noch Bedenken hätten, ob der Verband solches auf die Dauer ausbiete. Auch würde dies ein Unrecht sein gegenüber denjenigen, welche bisher kein Krankengeld erhalten konnten. — Im weiteren möchten wir vielen unserer Mitglieder raten, sich etwas mehr Selbstvertrauen zu verschaffen und ihrem Arbeitgeber nicht zu zaghaft gegenüberzutreten. Gehörten alle Arbeiter dem Verbands an, so würden sich die Unternehmer hüten, ihre Arbeiter zu brüskieren; jetzt können sie das nur, weil sie die Arbeiter uneinig wissen. — Nun besteht bei vielen Leuten, welche mit der Arbeit in den Betrieben in gar keiner Verbindung stehen, die Ansicht, daß die Löhne, infolge der Teuerungszulage, so hoch seien, daß die Arbeiterzeitung weiter gar kein Bedürfnis auf weitere Zulagen habe. Diesen Leuten sowie den Unternehmern wäre nun zu raten, einmal zu versuchen, mit den an die Arbeiterzeitung zur Auszahlung gelangenden Beträgen längere Zeit auszukommen, dann würden sie recht bald von der Ansicht über die hohen Löhne in Ansehung der Kriegspreise kurieren sein. Da nun verschiedene Unternehmer gar nicht verstehen, daß bei Kriegsende die Löhne wieder abgebaut werden müssen, so raten wir jedem Mitglied unserer Organisation, in seinem eigenen Interesse, für Werbung neuer Mitglieder einzutreten, damit der Verband eintretenden Anschlüssen auf den sauer verdienten Lohn entgegenzutreten könnte. Auch müßte die Verbandsleitung auf Mittel und Wege bedacht sein, um derartigen Anschlüssen begegnen zu können. So machte es sich notwendig, daß der Verband mehr Geldmittel zur Verfügung bekommt. Denn wenn wir dahin streben müssen, die jetzt gezahlten Löhne für die Zukunft zu erhalten resp. weiter zu erhöhen, so wird dieses wohl noch schwere Kämpfe und noch viel Geld kosten. Aus diesem Grunde beschloß die Generalversammlung die Aufrückung in die höheren Beitragsklassen. — Kolleginnen und Kollegen, werbt unablässig, in Eurem Interesse, für den Verband und fordert alle Arbeitsstehenden auf, einzutreten in unsere Reihen, um mitzuhelfen, das Los der bedrückten Textilarbeiterzeitung zu erleichtern!

Hamburg. Vom 3. bis 25. November hielten wir eine Vertrauensmänner-, drei Bezirksmitglieder- und eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich mit einer Erhöhung des Lokalbeitrages pro Mitglied und Woche von 15 Pf. auf 35 Pf., d. h. einschließlich der Rumpffennig-Extramarkte, befaßte. Die fünf Versammlungstagen stellten sich auf den Standpunkt, daß die gedachte Erhöhung eintreten könne, aber es wäre angebracht, so entschied wenigstens die außerordentliche Mitgliederversammlung, daß eine Urabstimmung unter der Mitgliedschaft vorgenommen würde. Diese fand nun vom 1. bis 17. Dezember cr. statt; sie hat ergeben, daß von den Teilnehmern weit über Zweidrittel dafür sind. Diejenigen, die die 20 Pf. die Woche mehr zahlen, sollen in Bedarfsfällen, wenn sie unterstützungsberechtigt sind, und mindestens

13mal den höheren Beitrag gezahlt haben, die statutarische Kranken- und Wöchnerinnen-, und fast der Hälfte die volle statutarische Arbeitslosenunterstützung erhalten. Für diese Mitglieder gestattete ich ab 1. Januar 1918 der wöchentlichen Beitrag, einschließlich des Sozialbeitrages, wie folgt: statt 45 Pf. 65 Pf., statt 55 Pf. 75 Pf., statt 65 Pf. 85 Pf., statt 75 Pf. 95 Pf. Die Unterstützungsbeihilfe beginnt ab 1. April 1918. Diejenigen Mitglieder, die mit dem gestimmten Beitrag, können den bisherigen Beitrag weiter zahlen, und zwar: 45 Pf., 55 Pf., 65 Pf., 75 Pf., und können während des Krieges nur diejenige Unterstützung beziehen, die von dem Hauptvorstand bisher gezahlt worden ist. Wir hoffen aber, daß unsere Mitglieder bald alle dazu übergeben werden, den höheren Sozialbeitrag zu zahlen, denn die Gewährung der vollen statutarischen Unterstützung kann heute nur dann gewährt werden, wenn höhere Beiträge entrichtet werden. Nach dieser Einrichtungsart muß jedes Mitglied berechnen, den niedrigeren oder höheren Sozialbeitrag zu zahlen und somit seine Unterstützung zu bestimmen. Ein Grund, unsern Verbände wegen des Beitrages den Rücken zu kehren, ist also nicht gegeben. Die Ortsverwaltung.

**Sersford-Überleben.** Ein Vorgang aus dem „freien“ Deutschland. Bei Sersford in Essex war auf Wunsch eines erheblichen Teiles der Arbeiterklasse jenseits des Deutschen Textilarbeiterverbandes für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Erwin Seidel, Westfälische Textilwerke, zu Freitag, den 14. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, nach dem Erscheinen des Lokales in Essex eine Betriebsversammlung einberufen worden. Zur Tagesordnung sollten verhandelt werden: 1. Die Textilarbeiter in der Kriegszeit, 2. Die Forderungen im Verhältnis zur gegenwärtigen Teuerung, 3. Verschiedenes. Mein Wunsch wird behauptet werden, daß die Tagesordnung nicht wichtig genug gewesen wäre, um das Interesse eines jeden Arbeiters zu erwecken. Wir haben da einen Vorgang erlebt, der festhalten zu werden verdient, von dem man aber nicht wünschen möchte, daß er sich öfters wiederholt. Es wäre das sonst ein beachtenswertes Zeugnis für die Arbeiter, den Arbeitereinstimmigkeit und die Firma zugleich. Bei Sturm und Hagelwetter und stürmendem Regen machten wir uns auf den Weg, um in diese einmündigsteinstimmigste Sache unser Ziel, das genannte Lokal, zu erreichen. Wir wurden freundlich aufgenommen. Wenn uns auch nur eine Delle zur Verfügung stand, wir begnügten uns damit, weil uns die Befriedigung der Tagesordnung sehr am Herzen lag. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Gegen 7 1/2 Uhr kam ein Teil Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen, vorweg der Herr Betriebsleiter mit zwei Männern und einer Frau, die zusammen den Arbeiterauschuss bilden. Mein Name ist Künster, Betriebsleiter der Firma Erwin Seidel, hier die Herren sind unser Arbeiterauschuss. Wir wollten ihnen nur mitteilen, daß in unserem Vertriebs alles in Ordnung ist und alle Streitfragen mit dem Ausschuss verhandelt werden, so daß keinerlei Wünsche mehr zu erfüllen sind.“ Mit diesem Redewort schloß er sich gewissermaßen in Begleitung des Präsidenten und der Mitglieder des Arbeiterauschusses in den Versammlungssaal. „Nicht wahr, meine Herren“, zum Ausschuss gewandt, Herr Seidel sagte weiter das Wort, „bei uns ist doch alles geregelt, irgendwelche Wünsche bestehen doch nicht mehr. Wir haben schon Lohn aufgeschoben.“ „Nawohl“, setzten zögernd die männlichen Mitglieder des Arbeiterauschusses hinzu, „wir haben gar nicht gesagt, daß eine Versammlung sein soll. Wir sind auch zufrieden.“ Zur Charakterisierung möge noch dienen, daß vor unserer Versammlung Herr Seidel eine Versammlung im Vertriebs abgehalten hat, wo er sich anständig gegen alle, die zum Verbands wollten, aussprach. Warum diese Versammlung? Ganz einfach, weil feststeht, daß auch im Seidischen Vertriebs noch viel zu wünschen übrig bleibt und weil die freien Unternehmer nicht wünschen, daß die Arbeiter auch als freie Menschen handeln. Es mag auch etwas Angst mitgewirkt haben, daß der in Aussicht gezeichnete „Ausnahmestaus“ unter der Versammlung hätte stehen können. Aus diesem wohl hielt man es für nötig, gleich das nämliche Geschäft aufzuführen. Viel von dem, was uns der Herr Betriebsleiter und seine hohe Begleiterin erzählten, z. B. wie herrlich es im Seidischen Vertriebs aussieht, wurde später, als wir auf anderer Seite mit der Arbeiterklasse allein waren, richtiggestellt resp. als übertrieben und zum Teil auch direkt als erfunden bezeichnet. Eine langwierige Unterhaltung bereitete wohl die Versammlung, doch haben die Arbeiter und Arbeiterinnen auch so gehört und gesehen, wie wir mit Unternehmern verhandeln und was wir zu den Maßnahmen zu sagen hatten. Nichtlich freuten sich Herr Seidel und sein Präsident, daß es ihnen gelungen war, die Versammlung zu vereiteln. Doch wir kommen bald wieder. Gewandlos meinte der Herr Betriebsleiter: „Nun, mit der Vereinsgründung wird es hier wohl nichts werden.“ Als ihm darauf vom Betriebsleiter des Verbandes erwidert wurde, daß der „Verein“ schon über 25 Jahre besteht und bitter solche Vorgänge überwinden habe, lechzte der gute Mann mit seiner Vereinnahmung. Er wird nicht mehr lange leben, denn der „Verein“ ist gegründet und auch in Essex wird man in Zukunft mit der Organisation der Arbeiter rechnen müssen. Wir haben jetzt 1917 und nicht 1719.

**Sersfeld.** Einen recht erfreulichen Fortschritt in der Mitgliederbewegung kann die folgende Tabelle verdeutlichen. Seit Wochen befindet sich die Bilanz unter der ständigen Aufsicht aller Kollegen in der besten Entwicklung und der Zufuhr von neuen Mitgliedern dauert ununterbrochen an. Den äußeren Anstoß haben wiederum die Arbeiter gegeben, indem sie den Arbeitern zum Bewußtsein brachten, daß, wenn ihre materielle Lage sich bessern soll, sie selbst Hand anlegen müssen. Der in den Textilarbeitervereinen beschäftigter Arbeiter wird jetzt das Rechtswort angetragen und ist zum Teil durchgeführt. Der Lohn pro 1000 Schuß wurde in einem Vertriebs von 16 auf 14 und in einem anderen Vertriebs von 16 auf 13 Pf. herabgesetzt. Das dankt den Interessen der Arbeitgeber und nicht denen der Arbeiter gedient wird, haben nunmehr auch die Seidischen Textilarbeiter erfreulicherweise begriffen. Die Versammlungen waren in letzter Zeit sehr gut besucht. In einer am 12. Dezember abgehaltenen Versammlung, in der Kollege Krüger aus Berlin über die Gefahren für die Textilarbeiter in der Hebergangzeit referierte, war überfüllt und vom bestem Geiste getragen. Eine hübsche Zahl neuer Mitglieder wurde wieder gewonnen. Wenn die Kollegen in ihrem Eifer, für den Verband zu wirken, nicht nachlassen, so dürfte in absehbarer Zeit Sersfeld in der Textilarbeiterbewegung eine beachtenswerte Stellung einnehmen.

**Landeshut.** Auf Beschluß des Bilanzvorstandes wurde dieses Jahr eine Generalversammlung abgehalten, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich gegenseitig einen neuen Vorstand zu wählen. Diese Generalversammlung fand am Mittwoch, den 12. Dezember, im Gasthaus „zur Sonne“ statt. Der Besuch lag aber sehr zu wünschen übrig. Zunächst erörtere die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Julius Heisigauer und Josef Broß in der üblichen Weise. Kollege Scholz gab dann den Geschäftsbericht über Mitgliederbewegung und Kassenangelegenheiten für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917. In dieser Zeit wurden 2102 Mitglieder aufgenommen, durch Zureife 6 Abgang war durch Tod 19, durch Hebergang 12, durch Ausritt 397. Kassenbilanz der Mitgliederstand 2444. Die Einnahmen betragen in der eben angegebenen Zeit 22.532,92 Mk., dazu noch Kassenbestand 223,81 Mk., Gesamtsumme 22.756,73 Mk.; die Gesamtausgaben betragen 22.597,97 Mk.; an die Kassenkasse konnten 14.467,50 Mk. gezahlt werden. In der Zeit vom 1. Januar bis 12. Dezember wurden im Bilanzbezirk 4 Betriebs-, 10 Vertriebs-, 2 Branchen- und 25 Mitgliedervereinigungen abgehalten, die zum Teil sehr gut besucht waren. Verhandlungen wurden 14 und Arbeiterauschüsse 10 abgehalten. Mit Bescheiden wurde 11mal verhandelt. In sonstigen Sitzungen und Veranstaltungen

war der Geschäftsführer 82mal, darunter 37mal als Referent außerhalb des Bilanzbezirks beteiligt. Der schriftliche Verkehr weist in Aus- und Eingang 2044 Nummern auf. Zeitungen sind aber nicht mitgezählt. An Handzetteln wurden rund 10.000 Stück angefertigt. Anschließend an die statistischen Aufzeichnungen widmete der Berichterstatter noch der in diesem Jahre notwendig gewordenen Lohnbewegungen einige beherzigende Worte. Er verwies auf die vollen Erfolge, die aber nur durch die getriebene Einigkeit zu erreichen waren. Es sollte deshalb nicht nur Treue zur Organisation bestehen bleiben, sondern es müßte sich jedes Mitglied bemühen, neue Mitglieder dem Verbande zuzuführen, um jederzeit gerüstet zu sein. An Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wird es nie fehlen, ganz besonders Schwierigkeiten dürfte aber die Hebergangswirtschaft bringen. Darum nicht nachlassen in der Werbearbeit und der Pflege der Zusammengehörigkeit! — Die Vorstandswahlen ergaben fast einstimmige Wiederwahl. Auch die Revisoren wurden wiedergewählt. In das Gewerkschaftskartell wurden 9 Delegierte gesandt. Kollege Proll gab hierbei Aufklärung über die Aufgaben des Kartells, die für die Gewerkschaften von außerordentlicher Wichtigkeit sind, darüber hinaus aber besonders durch die von den Kartellen geschaffenen Einrichtungen der Arbeitersekretariate allen Hilfesuchenden zum Vorteil gereichen. — Kollege Scholz wies als Rechnungsführer auf die Vorteile der Volkshilfe bei Versicherungsabschlüssen hin und ersuchte um Mitarbeit, um auch dadurch die Vermögen vor finanziellen Nachteilen, wie sie bei den anderen Versicherungsgesellschaften zu finden sind, zu bewahren. — Hierauf schloß der Vorsitzende, Kollege Proll, die Versammlung mit der Ermahnung, die nächste Versammlung wieder besser zu besuchen.

**Langenbielau.** Für die Verbandsmitglieder ist es das Wichtigste, zu wissen, wer ist unter uns nicht organisiert, wer steht nicht zu uns und zur Organisation, wer hilft nicht mit, das Band der Einigkeit und Solidarität schmieden. Jede Kollegin und jeder Kollege halte die Augen offen und stelle sich die Frage: Welche von meinen Mitarbeitern sind nicht im Verbande? Weiß man das und sind Namen und Wohnung der Unorganisierten zu erfahren, gebe man diese immer im Verbandsbureau ab. Es sind ihrer noch viele, die uns fernsehen, noch nicht Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind, die auch keine triftigen Gründe haben, der Organisation nicht anzugehören. In jeder Textilarbeiterfamilie in Langenbielau muß das Fachblatt „Der Textilarbeiter“ gelesen werden, die in der Textilindustrie beschäftigten Familienmitglieder müssen Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes sein. Die Berufsangehörigen gehören zusammen in ihre Berufsvereinigungen. Alles muß vermeiden werden, um Haber untereinander zu führen, „nie dürfen wir uns durch Wort und Tat verletzen und uns schwächen“, muß die Richtschnur für das Handeln jedes einzelnen der Masse sein, die in bitterem Dasein um das Stückchen Brot ringt.

**Reichenbach i. B.** Am Sonntag, den 16. Dezember, tagte in der „Neuen Welt“ unsere Generalversammlung. Zunächst gedachte man in ehrender Weise des verstorbenen Kollegen Franz Bekker. Sodann widmete der Geschäftsführer dem verstorbenen Genossen Artur Stadler einen Nekrolog. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Die Erhöhung der Mindestlöhne für die Färberei- und Appreturarbeiter“, bemerkte Kollege Hausold, daß für diese Arbeitsabteilung nicht mehr allein Mindestlöhne garantiert seien, sondern inzwischen nun auch für alle anderen Arbeitsabteilungen in der Textilbranche Mindestlöhne oder wenigstens Wertmesser eines Mindestlöhndienstes — wie es in Sachsen genannt werden soll — geschaffen seien. Die noch immer im Steigen begriffenen Teuerungen erforderten aber noch weitere Erhöhungen dieser Wertmesser, mindestens bis auf unsere frühere Forderung der Färberei- und Appreturarbeiter für männliche Beschäftigte 75 Pf. und weibliche 50 Pf. pro Stunde. Darauf erklärten die Anwesenden einstimmig, die frühere Forderung wieder zu erneuern, mit dem Zusatz: „Weitere entsprechende Erhöhung des Einkommens aus dem Arbeitsverhältnis für den Fall, daß wegen Ersparnis an Kohlen und Licht die tägliche Arbeitszeit gekürzt werden muß.“ Zum Jahresbericht gab der Vorsitzende bekannt, daß eine größere Anzahl von Konferenzen, Sitzungen, Verhandlungen, Versammlungen und Fabrikbesprechungen zwecks Agitation zur Förderung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der Unterstützungen abgehalten wurden. Im ganzen wurden vom Geschäftsführer 154 Veranstaltungen, darunter 37 an Sonn- und Feiertagen, besucht und 21 Allgemein- sowie 58 Einzelgesuche angefertigt. Auf das letzte Gesuch sei nun endlich vom Kommunalverband Reichenbach-Mühlau-Reichbach angeordnet worden, die am 9. November beschlossenen höheren Unterstützungsätze der Textilarbeiterfürsorge rückwirkend ab 4. November auszuführen, nachdem das Ministerium am 14. Dezember seine Zustimmung gegeben habe bzw. eingegangen sei, was mancher Familie noch zu Weihnachten eine Einnahme von 50 und mehr Mark verschafft habe. — Den Kartellbericht gab Kollege Hausold, welcher betonte, daß in zusammen 14 Einzel- sowie gemeinschaftlichen Sitzungen mit den Nachbarkartellen die notwendigen Arbeiten erledigt worden seien und eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattgefunden habe, welche sich mit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit befaßte und in der die Anwesenden einen Beschluß fassten, in einer Eingabe die maßgebenden Behörden zu eruchen, diese Arbeitszeit — zwecks Sparrung an Licht und Heizmaterial — allgemein einzuführen. Weiter habe sich das Kartell noch mit den Leistungen der Kassenkassen für ihre erkrankten Mitglieder befaßt und dahinbestimmt, daß, angesichts der gegenwärtigen Teuerungen die Leistungen erhöht und notwendigerweise auch die Kassenbeiträge erhöht werden. Die Erhöhungen der Leistungen der Kassen an Krankengeld und sonstigen höheren Aufwendungen für Zahnkranken, Zahnarzt usw. seien jedoch sogleich eingeführt — durch das Überstreichen gegen Einführung höherer Beiträge und Staffeln für höhere Grundlöhne, welche Möglichkeit durch eine jüngste Bundesratsverordnung gegeben sei. Viele Kranke seien lediglich auf diese eine Einnahmequelle angewiesen mit samt der Familie, deren Aufrechterhaltung dadurch gefährdet sei, zumal weder Krankengeld noch ausreichende Heilstättenbehandlung vorhanden sei. Ein Kollege betonte ausdrücklich, daß die Allgemeine Fabrikantenkassen in Reichenbach schon 1916 das 60prozentige Krankengeld und die üblichen höheren Leistungen wieder eingeführt habe, unbekümmert dessen, daß diese Karte, auf Grund ihres Reiserbefandes, bei ernstlichem Sträuben oder Einführung eines höheren Beitrages (wie hat 1914 nur 2 1/2 Proz. erhoben) überhaupt keine Reduzierung auf die Regelleistungen vorzunehmen brauchte. — Zum vierten Punkt: „Neu- bzw. Ersatzwahlen des Vorstandes und der Kommissionen“ wurden in den Vorstand 6 wieder- und 4 neu gewählt, in das Kartell 4 wieder- und 2 neu gewählt, sowie die Frauen-Agitationskommission durch 2 Mitglieder ergänzt. Als Revisoren wurden 2 wieder- und 1 Mitglied neu gewählt. Mit einem Appell an die Versammelten, zu den nächsten Versammlungen noch mehr Kollegen und vor allem Kolleginnen mitzubringen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Volksbund für Freiheit und Vaterland.**

Unter obigem Titel hat sich bekanntlich ein Bund gebildet, dem sowohl einzelne Personen wie ganze Körperschaften angehören können. Der Bund erklärt einen Aufruf, der uns durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zugestellt wird; er lautet: Ein hartes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen, ist uns in mahnigfachen Kundgebungen der Regierung als unsere deutsche Zukunft bezeichnet worden.

Nur diese Lösung vermag unser Volk wahrhaft zu einigen. Neuzere und innere Freiheit, äußere und innere Kraft hängen zusammen. Nur ein Volk, in dem für die freie und verantwortungsfreudige Mitarbeit aller Schichten und Stände am Staatswesen Raum geschaffen wird, ist machtvoll nach außen. Innerer Neuaufbau und äußere Kraftentfaltung der Nation sind nicht zu trennen. Das verkennen alle, welche diese Neuordnung verschleier zu dürfen glauben, statt sie unmittelbar und lebendig aus dem Kriege selbst geboren werden zu lassen, wie dereinst auch unser Reich mitten im Kriege geboren wurde.

Der vierte Kriegswinter heißt diese Forderungen lauter als je. Gebieterischer als jemals verlangt er den inneren Zusammenbruch der Nation. Vor allem rechnen wir dazu: klare Einigkeit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung.

Im einzelnen bedürfen wir erstens angesichts des heute noch nicht gebrochenen Vernichtungswillens unserer Feinde einer äußersten Zusammenfassung unserer Kräfte, bis jener Vernichtungswille gebrochen ist;

zweitens der sofortigen innerpolitischen Neuordnung, eines freirechtlichen Aufbaus unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volksschichten, um so die Kraft des Volkes zu stärken, die Freudigkeit zu steigern, einer reformwilligen Regierung die Stütze eines festen Volkswillens zu geben, und die notwendigen Folgerungen aus dem Wesen des modernen Staates zu ziehen, die heute jede Nation im Zusammenhang ihrer Entwicklung ziehen muß;

drittens einer klaren, von Volk und Regierung getragenen Außenpolitik, die einen dauernden Frieden anstrebt, Rohstoffbezug und Handelsabzug sichert und Dajen, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Sittlichkeit und des Rechtes stellt.

Alle, die mit uns eines Sinnes sind, fordern wir auf, sich um uns zu scharen. Unter dem Zeichen von Vaterland und Freiheit ist ein deutscher Volksbund entstanden, der die innere und äußere Freiheit, Glück und Ansehen des Vaterlandes auf seine Fahne geschrieben hat. Wir sind keine Partei und kein parteifähnliches Gebilde. Wir wenden uns an alle von der Rechten bis zur Linken, die es ernst meinen mit der Zukunft des deutschen Volkes.

Diese Erklärung ist die Stimme des arbeitenden Volkes, das der Kern aller deutschen Tapferkeit und Zurecht ist. Sie ist begleitet von der Zustimmung zahlreicher Vertreter aller anderen Stände, die nur in der Einigkeit mit dem großen und breiten Volke eine starke Politik für möglich halten.

Ein wahrhafter Volksbund sind wir, der aus dem ungeborenen Lebenswillen des deutschen Volkes geboren wurde. Nur in der Vereinigung kluger Realpolitik und volkstümlich-freirechtlicher Staatsordnung erblicken wir die Grundlagen eines modernen Großstaates. Die Eingliederung dieses neuen Deutschlands in eine Gemeinschaft der gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten achtenden und anerkennenden Kulturstaaten ist eines unserer vornehmsten Ziele. Diese freie und zugleich starke Bestimmung soll unser Bund verbreiten. Wec mit uns arbeiten will, der sei uns willkommen! — Die Geschäftsstelle des Bundes ist Berlin W. 30, Rollendortstraße 29/30 II.

**Literatur.**

Der Vorwärts-Kalender für 1918, ein guter alter Bekannter, ist auch dieses Jahr trotz Kriegsnot und Papiermangel wieder erschienen. Das Einrahmungsbild ist besonders aktuell; es zeigt den jugendlichen Genius der Zeit, wie er den finstern Kriegsmächten das abgelassene Stundenrad vorhält. So kündet es den Anbruch einer hellen Zukunft. Im übrigen ist die Ausstattung die gewohnte alte, nur daß die Datenzahlen der Sonntage besonders hervorgehoben sind. Vor allem bietet die Rückseite wieder eine solche Fülle politisch-statistischer Notizen, gewerkschaftlicher und sonstigen genossenschaftlicher Ueberichten, von trefflich gewählten Gedichten, Ausprüchen, Zitaten, daß mancher dieses wertvolle Material sich sammeln wird. Jeder Tag bietet etwas zum Nachdenken, zum Vergewärtigen oder zum künstlerischen Genießen. Es gibt keinen zweiten Kalender, der dem aufgeklärten Arbeiter ein so treuer und vielseitiger Gefährte für das ganze Jahr wäre. Leider ist der Kalender bei seiner Ausgabe auch in diesem Jahre so gut wie vergriffen, trotzdem die Vorwärts-Druckerei, in deren Verlag der Kalender erscheint, den verjährt einlaufenden Bestellungen durch bedeutend erhöhte Auflage Rechnung zu tragen glaubte.

**Verbandsanzeigen.**

**Bekanntmachungen.**  
Vorstand.  
Sonntag, den 30. Dezember, ist der 5. Wochenbeitrag fällig.  
Monatliche Arbeitslosenzahlung.  
Für die Dezemberzahlung ist Sonnabend, der 29. Dezember, Stichtag. Zur Einfindung gelangt die gelbe Karte. Die Ortsverwaltungen sind gehalten, pünktlich zu berichten.  
Adressenänderungen.  
Gau 10, Grüna. V. Otto Rudolph, Bahnhofstr. 21.  
Totenliste.  
Gestorbene Mitglieder.  
Ghemnis. Marie Gräß, Fleherin, 22 J., Lungenleiden. Karl Niemi, Färber, 64 J., Herzschlag.  
Greiz. Friedrich Sargus, Invalide, 60 J., 69 J.  
Landeshut i. Schl. Anna Wartsch, Weberin, 28 J., Typhus.  
Neugersdorf. Frau Minna Namisch, Schlagenfall.  
Neumünster. Marie Winkol, Spinnerin, 52 J., Schlagenfall.  
Werdau. Theodor Hartmann, 74 J., Altersschwäche.  
Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.  
Greiz. Ernst Hartmann, Weber, 38 J., Ernst Mehlhorn, Spinnereiarbeiter, 37 J., 34 J.  
Neugersdorf. Arthur Fiedler, Etkau (Unterfahner).  
Blauen i. B. Max Willy Weiß, Spanner, 36 J., Kurt Karl Wunderlich, Färber, 22 J., Wolfgang Jädel, Sticker, 33 J., Lungenkrankheit.  
Gehre ihrem Andenken!

**Zum Neuen Jahre**  
wünschen wir wir unserem Leser- und Mitgliederkreise  
Glück und Wohlstand,  
Frieden und Freude,  
Freiheit und Recht.  
Schriftleitung und Verbandsvorstand.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, den 28. Dezember.  
Verlag: Karl Hüsch. — Verantwortlich für die mit 7 versehenen Artikel Hermann Krüger, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Volkswirtschafts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Emslich in Berlin.